

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelehrten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich.
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14.
Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4gep. Zeitsp. 20 Pfg.
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.
Für Postbezug: Postamt Köln.

Das Ziel der Sozialdemokratie.

Es ist geradezu unbegreiflich, mit welcher jäher Beharrlichkeit die Genossen an den marxistischen Dogmen festhalten. Nehmen wir zuerst Nummer 1 seines Evangeliums vor, um zu sehen, was es damit für eine Bewandnis hat. „Naturnotwendiger Untergang des Kleinbetriebes“. Tatsache ist, daß die Zahl der Kleinbetriebe von 2882768 im Jahre 1882 auf 3146134 im Jahre 1907 gestiegen ist, und daß im Jahre 1882 in Deutschland 4,3 Millionen, 1907 aber 5,4 Millionen Menschen in Kleinbetrieben beschäftigt waren. Freilich sind die Großbetriebe z. T. noch mehr gewachsen, aber wer könnte denn behaupten, daß das etwas für die sozialistische Theorie vom „naturnotwendigen Untergang des Kleinbetriebes“ bedeutet? Daß sich die moderne Produktion in der spekulativen Richtung der Arbeitsteilung und der gewinnmehrenden, und Zeit und Arbeit sparenden Konzentration der Produktivkräfte bewegt, ist doch geradezu selbstverständlich und doch gewiß kein Ereignis, das dem Arbeiter besonderen Schaden bringt. Niemand hat ein Interesse daran, daß so viele handwerkliche Arbeitsmethoden, die wegen ihrer Umständlichkeit weder dem Meister, noch dem Gesellen Verdienst bringen, in alle Ewigkeit fortbestehen. Im Gegenteil; man muß sich freuen, daß durch Zuhilfenahme der technischen Erzeugnisse und der damit verbundenen Erleichterung der Produktion wesentliche Vorteile für die Gesamtheit erreicht werden könnten. Wir dürfen uns nur einmal denken, wie das konsumierende Publikum aufstöhnen würde, wenn nun mit einem Schlag die jahrhundertjährige Herstellung der Waren aufhören sollte, weil — nach sozialistischen Theorien — alle Vorteile dieser Produktionsweise doch nur den Unternehmern in die Tasche fallen. Wie ist es denn zu Großpaters Zeiten gewesen? Da hatte die kapitalistische Produktion noch wenig Spielraum. Das ganze Gewerbe war noch kleinhandwerklicher Art, und die „selbständigen“ Inhaber solcher Firmen meist in recht armlichen Verhältnissen. Diesen Verhältnissen angepasst waren aber — und das ist es, was sie glücklicher machte, als unsere gegenwärtigen Geschäftsmänner und Arbeiter — die bescheidenen Ansprüche an die Lebensweise. Daß diese Ansprüche gesteigert wurden, ist jedoch keineswegs unter allen Umständen verwerflich, sondern sogar sehr erfreulich, soweit es sich um Dinge handelt, die der geistigen und körperlichen Kräftigung der so vorwärtsstrebenden Schichten dienlich sind. Das Unglück des Proletariats und der „versinkenden Mittelschichten“ besteht wahrhaftig nicht darin, daß sich die Betriebe konzentrieren, daß die Werkzeuge durch Maschinen ersetzt und selbständige Existenzen vernichtet“ wurden, sondern darin, daß sie nicht rechtzeitig die notwendigen Schlüsse aus dieser an sich gesunden und begünstigenden Entwicklung gezogen haben.

Die Parole mußte schon in den 60er Jahren stehen: Konzentration — gegen Konzentration. Zusammenschluß der Arbeiterscharen gegenüber dem vereinigten Kapital, Zusammenschluß der Kleinbetriebe gegenüber dem industrialis-

tierten Gewerbe. Auch eine sozialistische Ordnung der Produktion könnte nicht mehr auf die zwar weniger nennenswerten, aber unrentable Art der mit dem Glorienschein der Gemütslichkeit umwobenen Arbeitsweise zurückgreifen, selbst wenn auf diese Art das nötige Quantum hergestellt werden könnte. Daß das Letztere ganz ausgeschlossen ist, ergibt sich nicht nur aus der einen Tatsache, daß jetzt schon — wo doch, wie die Sozialdemokratie verflücht, die breiten Massen des Volkes noch in Not und Elend leben — so viele Produkte aller Art notwendig sind, um den Bedarf zu decken, daß zu deren Herstellung oder Herstellung oder Zubereitung der ganze ungeheure Apparat unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise unaufhörlich tätig sein muß. Zweifellos müßte aber im Zukunftsstaate, wo jeder arbeiten kann was und soviel er will!! (Rhein. Zeitung (soz.) No. 186 1907) die Produktion noch gewaltig gesteigert werden. Man müßte denn annehmen, daß die erteilenden Genossen mit den von den Kommerzienräten und anderen Kapitalisten erbetenen Einrichtungengegenständen und Geldern alle Ansprüche der begehrenden Massen befriedigen könnten, und zwar für alle Zeiten. Ein solcher Unfinn wird von all den Verehrern des Erfurter Programms realisiert, die den Massen vorgaukeln, daß sie unter dem sozialistischen Regime arbeiten und verbrauchen könnten, was sie wollten.

Was für uns Arbeiter erstrebenswert und erreichbar ist, das ist, daß wir mitbestimmen können über den Anteil an der Produktion, den wir notwendig haben, um unsere Lebenshaltung zu verbessern, damit das Wort von der fortschreitenden Kultur nicht nur für einige Glücklinge des Zufalls Bedeutung und Inhalt habe. Diesem Zwecke dienen unsere Gewerkschaften in ganz besonderer Weise und sie sind es auch in erster Linie, die die zweite These des Marx'schen Sozialismus widerlegen, die wir kurz zusammenfassen können in die Formel: Verelendung der Massen. „Immer schröpper“ so heißt es im Erfurter Programm, „wird der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten“.

Es ist eine auffallende Erscheinung, daß die Genossen überall da, wo die tatsächliche Entwicklung das Gegenteil von dem bringt, was die Parteitheoretiker mit prophetischen Augen vorausgesehen haben, eifrigst bestrebt sind, selbst die augenscheinlichsten Lichtseiten unseres Wirtschaftslebens hartnäckig zu ignorieren.

Karl Marx äußerte sich über das künftige Loos der Arbeiterklasse folgendermaßen:

„Es folgt daher, daß in Maße, wie Kapital akkumuliert (sich anhäuft) die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß. Das Gesetz endlich, welches die relative Ueber- oder unterentwicklung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation in Gleichgewicht hält, schiebet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Felle des Hydras an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Elend, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem

Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert“ (Kapital I 610/11).

Wenn das eingetroffen wäre, dann müßten heute gerade die Arbeiter in den kapitalistischen Großbetrieben ganz bedeutend schlechter daran sein, als die im Kleingewerbe beschäftigten. Das Gegenteil wird aber durch die Arbeiter selbst bestätigt. Abgesehen davon, daß die Löhne in den Großbetrieben meist wesentlich höher sind, als in Kleinbetrieben, ist schon allein der Umstand ausschlaggebend, daß die sanitären Vorschriften über Licht, Luft und Reinlichkeit und dergl. dort vollkommener durchgeführt werden können, als im Kleinbetrieb. Man braucht ja nur einen modernen Fabrikbetrieb zu betreten, um sich davon zu überzeugen, daß das dort beschäftigte Personal in Bezug auf gesundheitspolizeiliche Maßnahmen außerordentlich zahlreiche und bedeutsame Vorteile gegenüber früheren Zuständen erreicht hat.

Die deutsche Sozialgesetzgebung hat dafür gesorgt, daß die Arbeiter vor allzu selbstthätiger Ausbeutung durch gewisse Unternehmer geschützt worden sind, und hat den Arbeitgebern Verpflichtungen auferlegt, die früher unbekannt waren. Inwieweit solche gesetzliche Maßnahmen durch die Stimme der Arbeiterorganisationen geschaffen wurden, und wie weit sie dem durch allgemeine Anerkennung der sozialen Pflichten angeordneten Gewissen registrierender Kreise entsprungen sind, mag hier ununtersucht bleiben. Jedenfalls hat Marx eine solche Wandlung nicht für möglich gehalten, sonst hätte er nicht einem so rabulanten Pessimismus verfallen können. Die jährlichen Berichte der einzelnen Berufsverbände, Sparkassenverwaltungen, und nicht zuletzt die steigende Tendenz in der Teilnahme der Proletarier an den öffentlichen Versammlungen zeigt in mancher Weise, daß sich das Niveau der Arbeiterklasse bedeutend gehoben hat. Ueber die gewerkschaftlichen Erzeugnisse können die Führer nicht anders melden, als von Erfolgen und Fortschritten. Den Anhängern der Verelendungstheorie sagt Legien, der Führer der deutschen sozialistischen Gewerkschaften:

„Wäre ein Herabsinken der Lebenshaltung der Arbeiter nachgewiesen, dann wäre zunächst die gewerkschaftliche Arbeit von sehr geringem Nutzen und man müßte sich dann mit Recht fragen, hat diese Sisyphusarbeit noch einen Wert, tun wir nicht besser und werfen nutzlose Arbeit beiseite, um alles von der politischen Betätigung zu erwarten. Dann würden wir zu jenem Wirtwart kommen, der leider in der französischen Arbeiterbewegung eingegriffen ist: ein planloses Herumschlagen der syndikalistischen Richtung, eine Verzögerung vor dem Generalstreik, dem sich eine dumpfe Resignation vor der parlamentarischen Tätigkeit zugesellt, um schließlich ohne politische und gewerkschaftliche Organisation alles von der Begeisterung für den großen Tag zu erwarten.“ (Sisyphusarbeit oder positive Erfolgsfolge? S. 109)

Wir danken für diese Tatill. Die gewerkschaftliche Organisation in Deutschland hat heute so kräftige Wurzeln geschlagen, daß sie sich auf keine andere Bahn locken läßt. Die Anwendung der kautzskischen (Elends-) Theorie verbietet sich ganz von selbst. Oder sollte der Redner, der in einer Versammlung, die der gewerkschaftlichen Agitation dient, die Begeisterung

olner Zuhörer damit erwecken können, daß er ihnen vorhält: bessern werden wir eure Verhältnisse nicht, wir bemühen uns nur, daß es nicht fortgeht schlechter wird? Die Arbeiter wollen doch von einer mit so viel Aufwendungen von Energie und materiellen Ansprüchen getragenen Bewegung mehr als die bloße Verheißung auf eine große politische Klimmung. Die Verdrängung und die glänzende Perspektive auf eine künftige Zeit kann nicht der alleinige Nährstoff einer Massenbewegung bleiben; es muß der feste Grundstein für den künftigen Bau in der wirtschaftlichen Erstarkung der Arbeiterklasse gefunden werden, nicht in der Verpumpung und Verelendung, das würde Ernüchterung, Ziel- und Planlosigkeit in der Arbeiterbewegung zur Folge haben." (Eisophusarbeit S. 110.)

„Uns aber interessiert vor allem die Frage: Haben die Gewerkschaften die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben?“

Dieser Beweis haben wir durch ein wichtiges Material aus der Lohnstatistik der Gewerkschaftsorganisationen geführt, es ergibt sich daraus, daß die Gewerkschaftsbewegung mehr bedeutet, als eine verzwiefelte Abwehr gegen das Finanzkapital in's Lumpenproletariat." (S. 111.)

Schluß folgt.

Der rote Fuchs an der Arbeit.

Das von uns verbreitete Flugblatt hat den roten Verbändlern die Sprache einige Wochen genommen. Jetzt, da die Buchbinderzeitung sich anschickt, gegen das Flugblatt zu polemisieren, beweist sie, daß es ihr unmöglich ist, sachlich gegen dasselbe anzukämpfen.

Zwei Dinge sind es, die aus dem vierseitigen „ellenlangen Bandwurm“ als Beweis der Lügenhaftigkeit des Flugblattes herausgegriffen werden. Da man also Alles, was sonst gegen den Buchbinderverband und seine ungeheuren Schwindereien gesagt ist, als wahr anerkennen muß, verbleibt uns nur noch, uns mit den angegriffenen zwei Stellen zu befassen.

Es heißt in unserem Flugblatt:

1. Begründet im Jahre 1885 mit 35 örtlichen Vereinen und 1500 Mitgliedern, zählte er auf dem Verbandstage 1887 in Göttingen 1200 Mitglieder und ein Vermögen von 2361,98 M., 1889 in Hannover 1500 Mitglieder und 9000 M. Vermögen. Nach über 18jährigem Bestehen hatte er es auf 2811 Mitglieder und 18758 M. Vermögen gebracht.

In den ersten sieben Jahren war also die Entwicklung keineswegs bedeutend, welches uns so schlimmer ist, weil niemand Konkurrenz machte. Der erste Geschäftsbericht erschien für das Jahr 1900, also nach Ablauf des 16. Geschäftsjahres.

Jeder, der den zweiten Absatz genau liest, muß erkennen, daß es im ersten Absatz irrtümlich heißt „nach 18 Jahren“, da der folgende Satz sagt: „In den ersten sieben Jahren war also die Entwicklung keineswegs bedeutend.“ Der bedauerliche Druckfehler — 18 statt 7 — ist leicht als solcher zu erkennen, wenn man sofort hinterher von sieben Jahren liest.

Diesem Herren in der Redaktion der Buchbinderzeitung, die uns irgendwelche Motive unterzählen wollen, wo ein bedauerlicher und leicht möglicher Satzfehler vorliegt, können in Nummer 19 der „Graphischen Stimmen 1911“ in der Besprechung der Entwicklung des deutschen Buchbinderverbandes genau nachlesen: „nach über 18jährigem Bestehen hatte er es auf 2811 Mitglieder und 18758 M. Vermögen gebracht.“ Der Fuchs, den der Artikelschreiber wegen dieses Druckfehlers gegen uns führt, ist also ein Luftgebilde, und man muß annehmen, daß dieser Fuchs wieder nur geführt wird mit der Absicht, zu täuschen. Es ist geradezu eine Schmach für die Arbeiterführer, die mit solch unehrlichen Waffen Prinzipien torf schlagen wollen, die in unserem Flugblatt als das entscheidende bezeichnet sind.

Wir stellen fest, auch vor unserm letzten Mitglied — nicht in 16 Jahren, sondern in 8 Jahren hat es der Buchbinderverband auf 2811 Mitglieder und 18758 Mark Vermögen gebracht.

Gegen das 8. Gebot gesündigt hat also unser Flugblatt nicht im geringsten. — Der Buchbinderzeitung steht es übrigens auch gar zu gut zu Gesicht, uns auf die Beachtung der christlichen Gebote hinzuweisen.

2. „Eine wider besseres Wissen aufgestellte Behauptung“ nennt es die B.-Ztg., wenn in unserem Flugblatt u. a. gesagt wird, daß wir in Regensburg in den Streit treten wollten, um die Anerkennung des roten Verbandes zu erreichen. — Gewiß hatte Herr Roth im Oktober des vorigen Jahres erklärt, daß derartige nicht verlangte Erklärung aus im Jahre der nächsten Lage im Oktober-November 1911? Da galt es, entweder den Tarifabschluß ohne den Buchbinderverband zu tätigen, oder auf den Abschluß zu verzichten. In dieser Situation verlangte der Buchbinderverband, daß wir unter keinen Umständen mit den Verlegern ohne ihn verhandeln sollten. Das hätte, wenn es geschehen wäre, doch praktisch nichts anderes bedeutet, als den Kampf mit den Firmen, ein Streik, herbeigeführt durch uns, im Interesse und zur Verteidigung des Größenwagens des roten Verbandes. Wenn die B.-Ztg. die Tatsache, daß schließlich der christliche Verband in Regensburg — ohne von jenen Mitgliedern des roten Verbandes beauftragt zu sein — auch den Hilfsarbeiter-Tarif gestützt hat, ein Verfahren nennt, das als Betrug angesehen und bestraft werden sollte, so ist das nichts anderes, als ein Schlag in's eigene Gesicht. — Denn: was Du nicht willst, daß man Dir tu, das flüg' auch deinem Andern zu — heißt ein Spruch-

wort. Und welche Praxis übt denn sonst der Buchbinderverband? Er verfügt über die Früchte der Arbeitskraft Andersgefinnter mit einer Stupidoheit, die auf eine erschreckende Verminderung aller Moralbegriffe schließen läßt. (Frei nach der B.-Ztg.) Wenn der Buchbinderverband da, wo er die Majorität der Arbeiter umfaßt, auch für die Mitglieder der anderen Organisationsrichtung die Höhe der Löhne festsetzt, ohne denselben ein Mitspracherecht einzuräumen — wie das beim Dreitägertarif gesehen ist, und in anderen Fällen versucht wurde und speziell auch beim Hilfsarbeiter-Tarif für mehrere Städte gesehen ist — dann kann er uns nicht anklagen, wenn wir uns da, wo wir die Macht haben, in derselben Weise handhaben zeigen. Das können wir der Buchbinderzeitung versichern: Sobald wir die Gewißheit haben, daß der Buchbinderverband die Taktik aufgibt uns dort, wo er die Macht besitzt, auszuschalten, auch wir gerne bereit sind, die größten Opfer für die Geschlossenheit aller Arbeiter zu bringen. Solange diese Garantie aber nicht besteht, haben wir auch keinen Grund, unser Verhalten zu Gunsten des roten Verbandes zu ändern.

Die roten Verbändler hätten natürlich in Regensburg mehr erreicht, als die Christlichen; das ist für einen richtig errogenen Genossen selbstverständlich, darum ist es moralischer Diebstahl, weil der christliche Verband auch für die roten Lohnverbesserungen tatkräftig festgelegt hat. Wenn zwei dasselbe tun, ist es doch nicht dasselbe??

Unsere erdrückenden Beweise für die Lebensgemeinschaft des „freien“ Verbandes mit der politischen Sozialdemokratie und die antichristliche Tendenz desselben „freien“ Verbandes will die Buchbinderzeitung nicht mehr zu enträften versuchen — weil man „mit dem roten Lappen der Arbeiterschaft nicht mehr granlich machen kann.“ Dennoch wird ein paar Zeilen vorher neuerdings „konstatiert“ daß der Vorwurf, der Buchbinderverband sei sozialdemokratisch, eine glatte Unwahrheit sei!! Wir konstatieren zum Schluß, daß mit Leuten, die sich selbst nicht immer und unter allen Umständen als das bekennen wagen, was sie sind, eine ehrliche Auseinandersetzung unmöglich ist. Soweit ist die blöde Verheißung gegeben, daß ein ehrlicher Arbeiter nicht mehr imstande ist, mit seinen andersgefinnten Kollegen über eine Sache ehrlich zu diskutieren.

Das ist ein Schandmal der „modernen“ Zeit. Daß sich der Lügendetektor in der B.-Ztg. erdreisten kann, uns „gelb“ zu schimpfen, ist bei der Praxis der Genossen, überall da, wo sie sich nicht anders als mit einem großen Phrasenschwall aus der Tasche helfen können, fast drau los zu lügen, nicht weiter verwunderlich. Uns berührt das nicht. Was wir aber unersetzlich mit Entrüstung zurückweisen, das ist die geradezu unerhörte Art und Weise, wie die B.-Ztg. über unseren hochverehrten Führer Wiesbrock sich ausläßt. „Ein mit allen Waffen M.-Gladbacher Verbrechenstunf geschworener Rebellat der Zentralblattes“, „der bekannte politische Schlangengemeinlich und Zentrumsgesandter“, „so kommt es aus dem Munde des, wie man sieht, gut errogenen „Genossen“, der in der „neutralen“ Buchbinderzeitung seinen Riß abladen kann.

Die Gesundheitsverhältnisse in Deutschland.

Einen Gradmesser für den kulturellen Stand eines Volkes bilden u. a. auch seine gesundheitlichen Verhältnisse. Und da ist es nun eine unbestreitbare Tatsache, daß in Deutschland mit dem steigenden Wohlstand und der Verbesserung der Lebenshaltung in den letzten dreißig Jahren auch die Gesundheitsverhältnisse immer besser geworden sind. Zunächst ist die Sterblichkeitsziffer immer mehr zurückgegangen. Während im Jahre 1875 auf je 1000 Lebende noch 20 Sterbefälle kamen, ist diese Ziffer für das Jahr 1908 auf 19 gesunken. Umgekehrt ist die mittlere Lebensdauer im Laufe der Jahre immer mehr gestiegen. Unsere mittlere Lebensdauer betrug in den 70er Jahren für das männliche Geschlecht 35,68 Jahre, in den 80er Jahren 37,17 und in den 90er Jahren 40,56 Jahre. Die entsprechenden Zahlen für das weibliche Geschlecht sind etwas höher, nämlich 38,45, 40,25 und 43,97. Die mittlere Lebensdauer hat also im Laufe von 30 Jahren bei dem männlichen Geschlecht um 5, bei dem weiblichen Geschlecht um 5,5 Jahre zugenommen. Trotz dieser beträchtlichen Erhöhung des Lebensalters steht Deutschland jedoch noch immer hinter den meisten europäischen Kulturstaaten zurück, nur in Oesterreich und Italien ist die Lebensdauer geringer, als in Deutschland.

Die Ursache, weshalb Deutschland mit seiner Lebensdauer hinter anderen Staaten zurückgeblieben ist, dürfte vor allem in seiner starken Kindersterblichkeit zu suchen sein. Gleichwohl wäre es falsch, diese Kindersterblichkeit als im Vergleiche zu anderen Staaten übermäßig hoch anzunehmen. Deutschland nimmt an sich durchaus keine so ungünstige Stellung ein. Denn nach den neuesten Feststellungen kommen auf 100 Lebendgeborene Verstorbene unter einem Jahre im Deutschen Reich 17,8, in Oesterreich 20,2, in Ungarn 19,9, in Rußland 27,2. Günstigere Ziffern fanden sich für Belgien, Frankreich, England u. a. Jedoch ist hier zu berücksichtigen, daß hier im Verhältnisse zu Deutschland weniger Kinder in der einzelnen Familie zur Welt kommen, was wiederum zur Folge hat, daß hier der Kindersterblichkeit eine größere Sorgfalt gewidmet werden kann, wodurch die Säuglingssterblichkeit naturgemäß vermindert wird. Aber auch in Preußen selbst ist die Säuglingssterblichkeit nach Provinzen wieder

recht verschieden; hier gibt es Gebiete, wo sie auf 10 bis 15 Proz. der Lebendgeborenen herabsinkt. So beträgt sie in Schweden 13,2, Hannover 12,1, Westfalen 13, Hessen-Nassau 10,3. Das hängt damit zusammen, daß die Erwerbsverhältnisse in diesen verschiedenen Bezirken andere sind, die Verhältnisse der Witterung, der Höhenlagen, ob Tiefland oder Gebirgsland; sehr wesentlich spielt aber der Umstand mit, ob die Mutter selbst nährt oder ob etwa das System der Flaschenernährung (Flaschenmilch) etwa für einen Bezirk bereits zur ständigen Gewohnheit geworden ist. Im übrigen ist es als ein günstiges Zeichen für unsere Gesundheitsverhältnisse anzusehen, daß nicht bloß die allgemeine Sterblichkeitsziffer, also die Ziffer auf 1000 Lebende überhaupt, andauernd weiter sinkt, sondern auch die Säuglingssterblichkeit immer mehr zurückgeht. Von 100 Lebendgeborenen starben in Preußen im ersten Lebensjahre 1875/1880: 20,5, 1901: 20, 1904: 18,5, 1907: 16,8, 1908: 17,8 und 1909: 15,4. Also eine ganz erhebliche Verabminderung.

Diese günstige Entwicklung dürfte vor allem zurückzuführen sein auf den wachsenden Ausbau der Gesundheitspflege in unserem deutschen Vaterlande. Die Zahl der Heilanstalten: Krankenhäuser, Säug-, Lungenheilstätten, Wabberholungsstätten, Retonnanalgesenheime, Fürsorgestellen usw. hat sich vermehrt. Allgemeine Krankenhäuser gab es in Deutschland 1877: 1822 mit 72219 Betten, 1904: 3603 mit 205117 Betten. Die Zahl der Krankheitsfälle, welche in allgemeinen Krankenhäusern behandelt wurden, stieg von 1,9 Millionen im Durchschnitt der Jahre 1877/1879 auf beinahe 4 Millionen 1902/04 (Das deutsche Reich in gesundheitlicher und demographischer Beziehung, 1907, S. 399 f.) Die Zahl der Ärzte betrug in Deutschland 1892: 19672 (außerdem 828 Zahnärzte), dagegen 1910 32449 (neben 2680 Zahnärzten); die der Apotheken 4934 bzw. 6375. Während wir in Preußen 1892 erst 4 Lungenheilstätten (mit 243 Betten) hatten, zählten wir 1909 71 Heilstätten mit 7294 Betten. Der sorgfältigen Fürsorge für Lungenkranke entsprechend ist denn auch die Tuberkulosesterblichkeit von 31 auf 10000 Lebende im Jahre 1886 auf 17 im Jahre 1906 gefallen. Die Zahl der auf Kosten der Invalidenversicherungsanstalten behandelten Männer betrug 1906 21 959, die der Frauen 7588.

So sehen wir auf dem Gebiete unserer Gesundheitsverhältnisse wachsende Fortschritte, die nicht nur dem einzelnen Menschen zugute kommen, sondern auch der gesamten Volkswirtschaft. Denn die Erhöhung der Lebensdauer bedingt auch eine Erhöhung der Schaffungskraft eines Volkes. Jedes Jahr, das die einzelne wirtschaftende Bevölkerung länger ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit erhalten bleibt, bringt erhöhte gewerbliche Produktion und erhöhten persönlichen Nutzen. Man steigt daraus aber auch, wie falsch es ist, wenn die Sozialdemokratie stets den Anschein zu erwecken sucht, als ob es allseitig auf Erden immer schlechter gehe. Nein, es geht vorwärts auf fast allen Gebieten. Und daß es speziell auf dem Gebiete des Gesundheitswesens noch weit besser werde, daran kann jeder mitarbeiten durch die Gesundheitspflege an seiner eignen Person und eine entsprechende Gestaltung seines Lebenswandels. Der Mensch ist nicht ein Produkt der Verhältnisse, wie die Sozialdemokratie immer predigt, sondern vielmehr auch seines eignen Willens!

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 7. Wochenbeitrag pro 1912 fällig.

Die neu gewählten Vorstände der Bezirksstellen: Bielefeld, Bonn, Buren, Essen, Freiburg, Göttingen, Hannover, Heilbronn, Kassel, Köln, Leipzig, München, Nürnberg, Regensburg, Saarbrücken, Stuttgart werden hiermit bestätigt.

Die Bezirksleitenden werden gebeten, die teils noch ausstehenden Fragebogen unverzüglich einzusenden. Auch wollen man neben den Namen der neu gewählten Vorstandsmitglieder auch deren genaue Adressen mit anfügen.

Ein kurzer, präziser Jahresbericht soll von jeder Bezirksstelle an die Zentrale eingesandt werden. Von der Bezirksstelle Münster i. W. ist ein solcher — mustergemäß abgefaßt — eingetroffen.

Vivant sequentes!

Der Zentralvorstand
J. A. Gornbach.

Bei der Zentralkasse gingen noch Abrechnungen und Gelder für das 4. Quart. 1911 bis 12. Febr. ein: Stuttgart, Dresden, Barmen-Elb., Straubing, Bielefeld, Kassel, Augsburg, Wabberborn, Lendersdorf und Schlich-Lendersdorf Rate.

Peter Huppert, Zentralkassierer
Eduard Rippert, Kassier Nr. 63.

Die Bewegung im Steindruckgewerbe.

Nach fünftägiger Verhandlung ist am 27. Januar eine Einigung zwischen den Vertretern des Schutzverbandes für das Steindruckgewerbe und dem Senefelderbund erfolgt und somit hat der monatelange Kampf sein Ende erreicht. Dieser überaus schwere Kampf hat lange nicht das gebracht, was man gehofft zu erhoffen glaubte, ja kaum jene Zugeständnisse, die anfangs der Bewegung in Aussicht standen. Der Ausgang kommt mehr einer Niederlage als einem Siege gleich.

Die wichtigsten Bestimmungen der neuen Tarifvereinbarung sind folgende:

Die wöchentliche effektive Arbeitszeit für Steindrucker (auch Korrekturenhilfen) beträgt 53 Stunden, für Lithographen 48 Stunden.

Der Mindestlohn für Ausgelernte im 1. Gehilfenjahr wird nach den örtlichen Verhältnissen steigend bezahlt und darf nicht unter 20.50 Mk. betragen.

Der Mindestlohn wurde in den einzelnen Orten wie folgt festgelegt: Braunschweig, Bielefeld, Altschiffenburg, Schwabach, Würzburg, Crimmitschau, Döbeln, Gera, Halberstadt, Magdeburg, Jäger, Mainz, Offenbach, Lahr, Mannheim, Mügeln, Niederseibitz, Neuchau, Saalfeld, Schleitau, Würzen, Zeitz, Stettin, Altwasser, Hof, Reupen und Hindenburg mit 20,50 Mk.

Für Bremen, Kiel, Fürth, Chemnitz, Halle a/S., Cassel, Cannstadt, Heilbronn, Stuttgart, Kirchheim, Duren und Breslau mit 21 Mk.

Für Nürnberg und Frankfurt a/M. 21,50 Mk., — für Dresden, Leipzig, Wachen, Barmen, Crefeld, Düsseldorf und Reith mit 22 Mk. — für Hannover und Lübeck 23 Mk. und für Hamburg und Berlin 24 Mk.

Auf 1 bis 4 Steindruckerhilfen und auf 1 bis 5 Lithographenhilfen darf 1 Lehrling gehalten werden; nur für die erste Staffel soll wie bisher auf 1 bis 3 Steindrucker, bzw. 1 bis 4 Lithographenhilfen ein Lehrling zugelassen sein. Nach 2 Jahren soll die Lehrlingsfrage erneut geprüft und wenn nötig neu geregelt werden.

Die Ueberstundenentschädigung bleibt wie bisher bestehen. An Wochentagen beträgt der Zuschlag 25%, und Sonntags 50%. Befehliche und ohne Vereinbarung mit den Gehilfen von der Geschäftsleitung angeordnete Feiertage werden wie bisher auch für Akkordarbeiter bezahlt.

Bei Bronzierarbeiten an nicht staubfreien Maschinen erhalten Maschinenmeister pro Tag 50 Pfg. und pro halben Tag 25 Pfg. Extrazuschläge.

Die Kündigungsfrist beträgt höchstens 14 Tage, längere Kündigungsfristen sind nur bei Spezialarbeitern zulässig. Bei allgemeinen Differenzen zwischen den vertragschließenden Parteien, tritt für letztere, falls eine längere, als 14-tägige Kündigungsfrist vereinbart ist, die 14-tägige Kündigungsfrist in Kraft. Die 14-tägige Kündigungsfrist in Kraft. Die 14-tägige Kündigungsfrist in Kraft. Die 14-tägige Kündigungsfrist in Kraft.

Der Schutzverband gab bei den Verhandlungen die Erklärung ab, nicht in der Lage zu sein, außer den erhöhten Minimallohnen für ausgelernte Gehilfen eine allgemeine zwangsweise Erhöhung der bestehenden Löhne vorzunehmen. Doch will der Schutzverband Deutscher Steindruckerbesitzer den Prinzipalen empfehlen, den Gehilfen, welche bis inklusive 5.— Mk. über den örtlichen Mindestlohn verdienen, innerhalb eines Zeitraumes von 4 Wochen nach Wiederaufnahme der Arbeit eine freiwillige Zulage zu bewilligen.

Die sozialdemokratische Hilfsarbeiterorganisation wurde zu den Einigungsverhandlungen nicht zugelassen, nur das tröstliche Versprechen der sozialdemokratischen Gehilfenorganisation, bereitzustellen die Hilfsarbeiter in den Kampf verwickelt wurden, wurde gegeben, damit zu sorgen, daß auch die Hilfsarbeiter innerhalb 4 Wochen auf eine Lohn-erhöhung rechnen können. Die „Solidarität“ hofft, daß die Gehilfen in den nächsten Wochen ihr Gebenes Wort, für die Hilfsarbeiter einzutreten, einlösen. Gehen die Hilfsarbeiter auch für die Folge leer aus, dann will der rote Hilfsarbeiterverband nochmals sein Heil im Kleinstreik versuchen.

Schon eingangs der Bewegung haben wir angedeutet, daß die bei dem nun rückliegenden Kampfe beobachtete Taktik kaum von Nutzen für die Arbeiterchaft sein wird. Der überaus rohe Ton der „Graphischen Presse“ etc. gegenüber dem Schutzverband und dessen Vertretern mußte die größte Erbitterung auslösen, und es ist deshalb zu verstehen, daß erst im höchsten Stadium der Gefahr für den Gesamtberuf, eine Einigung zustande kam.

Auch unsere Organisation wurde durch diese Bewegung teilweise in Mitleidenschaft gezogen und verurteilte dem Verbands eine Unterstützungsausgabe von nahezu 7000 Mk. Die Solidarität der christlich organisierten graphischen Arbeiter gegen den Genossen wohl, ihnen aber irgendwelches Mitbestimmungsrecht einzuräumen, dazu konnten sich die machtthürigen Genossen nicht aufschwingen. Ob wir uns in Zukunft unter den gleichen Voraussetzungen dem Willen der Genossen unterordnen, die trotz unserer Beteiligung am Kampfe fähig gewesen wären, uns durch einen roten Monopolarbeitsnachweis auszuschalten, wird die Zukunft lehren.

Große Erbitterung herrscht auch im roten Lager über den mageren Ausgang des Monate währenden Kampfes. Große Anforderungen wurden auch an die Mitglieder des Senefelderbundes gestellt, welche nicht am Streik beteiligt waren, indem sie neben dem Verbandsbeitrag Streikmarken bis zur Höhe von 2 Mark pro Woche zahlen mußten. Auch hat man sich ruhig damit abgefunden, daß in einzelnen Orten vor Beendigung der Bewegung von vielen roten Verbänden die Arbeit aufgenommen wurde. Die von unserer Seite beteiligten Mitglieder konnten kurz nach Beendigung des Kampfes fast vollständig wieder in ihre alten Stellungen eintreten. Wägen die kommenden Wochen der Arbeiterchaft im Steindruckgewerbe allgemeine Lohnaufbesserungen bringen, damit die durch den Kampf geschlagenen Wunden bald wieder vernarben. Aber auch bei der nicht sozialistisch gefonnenen Arbeiterchaft möge die Erkenntnis reifen, daß ihr Platz nicht im sozialdemokratischen Lager ist, sondern daß sie sich der ihrer Weltanschauung Rechnung tragenden Organisation dem Graphischen Zentralverbande, anschließen.

Gewerkschaftliches.

Der Konflikt im sog. Buchdrucker-Hilfsarbeiterverband.

Wie wir schon in voriger Nummer mitteilten, hat die Zahlstelle Berlin des sog. Hilfsarbeiterverbandes den vom Hauptvorstand für sie getätigten Ortsrat nicht anerkannt und die Leistungen dem Verbands gegenüber bis zum nächsten Verbandstag verweigert. Der Hilfsarbeiterverband hat demzufolge schon einen außerordentlichen Verbandstag vorbereitet, der über den Konflikt entscheiden soll und in dessen Hände der gesamte Vorstand seine Ämter niederlegen will.

Die mit dem Abschluß des vom Hauptvorstand getätigten Berliner Buchdruckerhilfsarbeiterrates nicht zufriedene, rentierte Zahlstelle Berlin, ist inzwischen unter dem Druck des Vorstandes, sowie von Prinzipalseite, anderer Meinung geworden und hat in ihrem Mitteilungsblatt folgende Erklärung abgegeben:

„Eine am 9. Januar tagende Vertrauenspersonen-sitzung beschloß sich eingehend mit der Tarifangelegenheit.“

Von den Vertrauensleuten wurde erkannt, daß es im Augenblick für das Berliner Hilfspersonal nicht möglich ist, gegen die Anerkennung des vom Hauptvorstand abgeschlossenen Tarifes etwas zu unternehmen.

Prinzipale und Buchdrucker-Hauptvorstand haben zu deutlich erklärt, was im Falle einer Bewegung und auch nur Bewegungen in einzelnen Betrieben geschehen würde, und unser Hauptvorstand wird zweifellos durch die Hauptpflicht veranlaßt, mit beiden oben angeführten Gegnern gemeinsam zu gehen.

In Ermägung dessen hat die Vertrauenspersonensitzung beschlossen, den Berliner Lohnrat anzuerkennen. Wir bringen dies zur Kenntnis der Mitglieder.

Die Ortsverwaltung Berlin.

Wie früher schon bei diesen — für die Disziplinlosigkeit im sozialdemokratischen Verbänden symptomatischen Differenzen hinter den roten Kaulissen hergegangen ist, geht aus den Bemerkungen hervor, die das Verbandsorgan „Solidarität“ zu dem unterwerfenden Beschluß der Berliner Opponenten macht. Da heißt es:

„Obwohl für uns ein solcher Entschluß nicht überraschend kam, dürfte er unter der Berliner Mitgliedschaft mit ziemlichem Kopfschütteln aufgenommen worden sein. Darum „viel Lärm um nichts!“ wird sich mancher gefragt haben, der Zeuge und Mitwirkender bei den verschiedensten stürmischen Vorgängen der letzten Wochen war. Und ob nicht manchen von denen, die sich am 7. Januar mitziehen ließen, die Verbandsleitung in maßloser Weise zu beschimpfen und auszuspeien, ja sich soweit wegmarschieren, einem Mitgliede des Verbandsverbandes mit einer polizeilichen Denunziation

zum Zwecke seiner Ausweisung aus den gesellschaftlichen Gefilden Deutschlands zu drohen — nicht doch die Schamröte über ihr Tun ins Gesicht steigt? Wir nehmen es an, denn wir wissen, daß unsere Kollegen sich auch imstande ist, bei ruhiger Ueberlegung sozialer Urteilskraft aufzubringen, um unter-scheiden zu können, wo Recht und Unrecht liegt.“

Der Haß unter den „Genossen“ muß bedeutliche Dimensionen angenommen haben, daß einer den anderen schon der polizeiliche Auslieferung überantworten will! Doch das ist nebenbei gegenüber der äußerst bedenklichen Folgerwirkung, daß durch solche Organe der Disziplinlosigkeit die ganze Arbeiterbewegung in ihrer Vertragsfähigkeit und -treue mitleidig wird. Zu der Palastrevolution der Berliner Buch- und Steindruckgenossen (der Hauptkasse die Beiträge zu verweigern) schreibt z. B. das Organ des Unternehmerbundesverbandes das „Deutsche Steindruckgewerbe“, u. a. folgendes:

„Ein solcher Vorgang dürfte in der gewerkschaftlichen Bewegung einzig dastehen. So etwas nennt man nach dem gewerkschaftlichen Sprachgebrauch „passive Resistenz“. Die Gewerkschaftsführer fühlen hier an eigenen Leide die Früchte ihrer Erziehung. Das sollte dabei ist, daß ein Gewerkschaftsführer selbst gegen seinen Hauptvorstand die Aufsehnung predigt. Von einer „Disziplin“, mit welcher die Gewerkschaften sich so oft brüsten, kann also gar keine Rede sein, das nennt man offenen Aufbruch.“

Wenn die im letzten Satz liegende Verallgemeinerung auch als ungerecht zurückzuweisen ist, so bleibt doch Tatsache, daß dieser Geist der Disziplinlosigkeit in den sozialdemokratischen Gewerkschaften immer mehr an Boden gewinnt. Der Abschuß fast jeder größeren Lohnbewegung hat einen Aufbruch in den eigenen Reihen im Gefolge. Das „Correspondenzblatt“ (Nr. 1, 1912) sah sich in seiner Jahresüberschau veranlaßt, diesen „bedenklichen Erscheinungen“, die „desorganisierend, zerstörend“ wirken, ein bewegliches Plagiat zu widmen und eine „nachhaltige Erziehungsarbeit“, dringend anzuraten. Ja, da liegt der Haß im Wasser. Die destruktiven Tendenzen, die sich häufen, Disziplinlosigkeit in den „freien“ Gewerkschaften kommen nicht von ungefähr; sie sind die natürlichen Folgen der sozialdemokratischen Vererbung. Und so lange die „freien“ Gewerkschaftsführer ihre Bewegung nicht aus der Umklammerung der Sozialdemokratie befreien, so lange wird die von ihnen jetzt als unbedingt notwendig erkannte nachhaltige Erziehungsarbeit vergebliche Mühe sein.

Rundschau.

Auf der schiefen Ebene des Materialismus.

Die prinzipiellen Kämpfe innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung drehen sich im Kern um die Frage: „Soll die Lösung der Arbeiterfrage auf dem christlichen Rechtsboden, oder auf dem Boden des Materialismus erstrebt werden.“

Für den Christen ist diese Frage entscheidend, braucht gar nicht erst diskutiert zu werden. „Kampf bis zur Vernichtung“, das ist die ehre und unabwendbare Logik des Materialismus. Auch der Materialist erkennt ein „Recht“ an, das Recht seiner Klasse. Duldung, Versöhnung, Ausgleich der Klaffenverhältnisse, das sind dem Materialisten wesensfremde Begriffe. Und diesen unerbittlichen Klassenkampf haben die „freien“ Gewerkschaften in die Arbeiterbewegung hineingetragen. Das lehnen die christlichen Arbeiter ab. Ihnen gilt der Rechtsbegriff nicht als Vorrecht irgend einer Klasse, sondern als Norm für die Abgrenzung der Ansprüche der einzelnen Klassen der menschlichen Gesellschaft. Der Rechte für sich fordern will, muß auch Rechte anderer anerkennen und sich seiner eigenen Pflichten gegenüber der Allgemeinheit bewußt sein.

Menschenrechte und Menschenwürde werden außer Kurs gesetzt, wenn der Materialismus, das Recht des Stärkeren, als Regulator des wirtschaftlichen und sozialen Lebens Geltung erlangt. Der Mensch wird zur Maschine, die mit der Persönlichkeit untrennbar verknüpfte Arbeitskraft zur Ware degradiert. Das wird in einem Artikel, der kürzlich durch die sozialdemokratische Presse lief, offen eingestanden, gemißrahten noch als Fortschritt geteiert. „Vom „rohen“ Materialismus“ ist der Aufsatz überschrieben (u. a. „Wälzische Post“, Nr. 286 1911), worin es heißt:

„Der überzeugte Sozialist aber sieht in der Herabwürdigung des Menschen zur Ware nur eine Stufe in der historischen Entwicklung, deren ehernen Gesetzen wir uns nicht zu entziehen vermögen.“

Dieses Gesinnungsmißverständnis zeigt, wohin die verhängnisvolle Lehre des Materialismus und Klassenkampfes führt. Und da stellen sich die Sozialisten noch verwundert, daß die christlich gestimmte Arbeiterchaft ihre eigenen Wege geht und sich Sonderorganisationen geschaffen hat. Sie wollen durch die christlich-nationale Arbeiterbewegung mit Nachdruck dahin wirken, daß Menschenrechte und Menschenwürde auch im wirtschaftlichen und sozialen Leben Anerkennung finden.

Ueber das Heimarbeitergesetz

äußert sich die „Heimarbeiterin“ (Nr. 1, 1912), das Organ des Gewerkschaftsvereins christlicher Heimarbeiterinnen, mit aufrichtiger Genugnung. Bedauert wird zwar, daß die Lohnämter nicht durchzudrücken waren, — an dieser Forderung halte der Gewerkschaftler nach wie vor fest — aber das Erreichte sei freudig zu begrüßen, es sei ein guter Anfang gemacht. Das Heimarbeiterinnenorgan dankt allen, die für die armen Heimarbeiter eingetreten sind, den Sozialpolitikern, den Reichsboten und der Regierung, „daß sie alle zu diesem Anfang ja sagten.“ Wir sind nicht am Ziel,“ heißt es dann weiter. „Die Heimarbeiterausstellung von 1906 öffnete die Augen vieler, die bis dahin nicht sahen. Die Verhandlungen im Reichstage sind der Schlüsselstein unter dem erschütterten

Aufwachen Deutschlands, das nicht geglaubt hatte, daß es seine Frauen, seine Töchter so schwer gelang. Im Kaiserhof, im Bürgerhaus, in ländlicher Hütte sprach man von der Heimarbeitern. Der Kronrat ward einberufen. Der Reichstag brachte einen gemeinsamen Antrag aller bürgerlichen Fraktionen ein. Erst jetzt, nach fast sechs Jahren, ward das Hausarbeitsgesetz angenommen! Wahrlich, die organisierten Heimarbeitersinnen sind nötig, um immer und überall zu sorgen, daß niemand wieder einschlief und denkt, nun sei alles gut!

Nunmehr gelte es, die Organisation weiter zu verstärken, möglichst bald zu verzeichnen.

„Ein jedes Mitglied geminne sein neues, und übers Jahr sind wir 71000 Mitglieder im Gewerksverein und vermögen noch ganz anders, als es uns bisher gelang, das Los der deutschen Heimarbeitersinnen zu bessern. Wer tut mit? — Es ist nur ehelicher Wille nötig und die Ueberzeugung, daß wir auf dem rechten Wege sind. Starke Herzen ist nichts unmöglich. Und die müden, abgearbeiteten Heimarbeitersinnen sind stark geworden. Alle, die im Gewerksverein der Heimarbeitersinnen Deutschlands erkennen gelernt haben, daß Entlastung auch Schwäche stark macht, und daß gemeinsames Einsetzen im festen Glauben an eine gute Sache auch heute noch Berge versetzt, alle diese feine Werbetinnen in dem Jahr, das vor uns liegt, Werbetinnen, denen niemand zu widerstehen vermag. „Das Leben ist lang, und oft ist es mühselig, und die Wege sind nicht immer eben. Aber ein festes Herz hilft ans Ziel.“ sagt Paul Hense. Und wir können feste Herzen haben, denn wir sind nicht allein. Was trägt das Verständnis aller Schichten unseres Volkes in unserm Ringen, und wir haben einen Verbündeten, der die nie verläßt, die sich auf ihn verlassen. Ihm trauen wir durch alle Zeit, Vorwärts mit Gott!“

Nach der Reichstagswahl.

Im deutschen Volke ist soeben ein Ringen beendet worden, es ist seit dem mehr als vierzigjährigen Bestehen des Deutschen Reichs noch selten beobachtet werden konnte. Am 12. Januar sind über 12 Millionen Wähler zum Wahlstisch gesessenen, um ihr Verurteiltes über die künftige Gestaltung der politischen Dinge in Deutschland. Dem Wahltage ging ein mehrwöchiger Kampf voraus, in dem an gegenseitiger Zerkleinerung das Menschennüchliche geleistet wurde. Zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien spielt sich der Wahlkampf stets in großer Schärfe ab. Das ist zu verstehen. Die Sozialdemokratie erstrebt die Beseitigung der Grundlagen des gegenwärtigen Staates; sie will ein ganz neues Staats- und Gesellschaftsgebäude aufstehen. Alle übrigen Parteien wollen nur eine Umgestaltung von bestimmten Zuständen und Verhältnissen innerhalb des bestehenden Staatgebäudes herbeiführen. Nun hat sich bezeichnenderweise unter den bürgerlichen Parteien selbst der letzte Wahlkampf vielfach mit einer Erbitterung abgelebt, die größer war als die in dem Kampfe zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und der Sozialdemokratie andererseits in der Erscheinung getreten. Das ist für diejenigen, die die Welt nicht ausschließlich durch eine einseitige Parteilichkeit ansehen, kein erhebendes Schauspiel. Insbesondere nicht zu einer Zeit, in welcher das deutsche Volk alle Veranlassung hätte, gegenüber seinen schier unzähligen Rivalen im Auslande auf die größte Möglichkeit die innere Geschlossenheit zu bedacht zu sein. Deutschland ist heute ein Land, das Rohstoffe vom Auslande (Eisen, Kupfer, Baumwolle etc.) in großer Menge beziehen und ein gewaltiges Quantum Fertigfabrikate wieder an das Ausland verkaufen muß. Nur durch gesteigerte Inlandsproduktion und erhöhten Außenhandel kann Deutschland seine jährlich um 900000 Köpfe zunehmende Bevölkerung auf heimlichem Boden ernähren und ihr die Existenzmittel verschaffen. Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung ist durch die Krieg- und Erntekrisen seiner Bevölkerung in den letzten 1 1/2 Jahrzehnten in schnellerem Tempo vorwärts geschritten, als die fast aller übrigen höherentwickelten Kulturstaaten. Das hatte zur Folge, daß die letzteren Staaten Deutschland bei dem Bezug seiner Rohprodukte vom Ausland und bei dem Verkauf seiner Waren an das Ausland in stets steigendem Maße Schwierigkeiten zu machen suchten. Aus diesem Hintergrund betrachtet, war die politische Spannung des letzten Sommers wegen Marokko zu erklären, die nahe daran war, sich in einem Weltkriege auszulösen. Und auch in der Gegenwart spielen sich wieder in Persien, in den Balkanländern und im gemäßigten östlichen Reich Vorgänge von ungeheurer weltwirtschaftlicher Tragweite ab, die für den Gang der künftigen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands von der allergrößten Bedeutung sind. Und in dieser selben Situation geriet sich das deutsche Volk anlässlich eines Wahlkampfes in einer Weise wie noch nie, seitdem es ein neues Deutsches Reich gibt, und schied in das Reichsparlament 110 Sozialdemokraten, die die Reichsregierung an der Wahrnehmung der weltwirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu behindern suchen. Gegen Weltpolitik, gegen Militarismus, gegen Marinismus war der Schlagwort, mit dem die Sozialdemokratie in den Wahlkampf zog, in demselben Moment, wo Amerika, England, Russland und Japan, in deren Staaten die Sozialdemokratie nichts zu melden hat, sich anschickten, in dem in politischer Umgestaltung begriffenen gewaltigen Chinaeisen die wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Völker für die Zukunft sicherzustellen. Das Volk der Denker und Dichter aber ergab sich in diesem weltgeschichtlichen Augenblick an politischen Schlagworten, mit denen in Wirklichkeit nur der wahre Hintergrund des Wahlkampfes verschleiert wurde, was sich in absehbarer Zeit mit Sicherheit herausstellen wird. Die Entschleierung dieses Hintergrunds werden auch wir uns anstrengen sein lassen, wenn erst der Reichstag und seine neue Zusammenfassung ihre Orientierung in der Politik gefunden haben werden.

Wie nicht anders zu erwarten, wie vielmehr mit Sicherheit voraussehen war, ist bei dem gegenseitigen Heruntermachen der bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie der alleinige lachende Dritte gewesen. Sie führt die Ernte in ihre Scheune. Ganz und innerlich zufrieden ist allerdings auch die Sozialdemokratie nicht. Zufrieden ist sie ohne Zweifel mit den auf sie entfallenen 4 1/2 Millionen Stimmen; ob aber ihre Führer eine wahre Freude empfinden über die der Sozialdemokratie zugefallenen 110 Mandate, möchten wir stark bezweifeln. Jetzt ist es mit bloßen fröhlichen Worten in Versammlungen nicht mehr getan. Die Stärke der Sozialdemokratie wird jetzt zugleich ihre Schwäche sein. Sie hat bei den Massen, um deren Stimmen sie bei dem Wahlkampf warb, die trügerischen Erwartungen und Hoffnungen erweckt. Die Massen der Unzufriedenen, die einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgaben, wollen nun ohne Zweifel auch sozialdemokratische Leistungen im Reichstage sehen. Hat doch früher die Sozialdemokratie den stärkeren bürgerlichen Parteien unausgesetzt den Vorwurf gemacht, daß sie vor den Wahlen dem Volke alles versprochen und nachher nichts hielten, daß diese Parteien alle Forderungen der Arbeiter an die Reichsgesetzgebung verwicklichen wollten, wenn sie nur ernsthafte wollten. Nun wohnt, deutsche Sozialdemokratie: Jetzt zeige, was du kannst! Mit Schlagwörtern und Ablehnungsänderungen, die die französische Sozialdemokratie seit Jahren praktizierte, kommt die deutsche nicht durch. Dafür sorgt die christliche Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie soll nur jetzt das zu verwirklichen suchen, was sie den Massen im Wahlkampf vorgelogen hat. Die Leipziger Volkszeitung (Nr. 11) sagt in Abnung der Dinge, die da kommen werden, daß man sich innerhalb des sozialdemokratischen Lagers nicht verwirren lassen solle in dem klaren Erkenntnis, „daß die kapitalistische Welt nicht mit dem Stimmzettel zu erobern sei, daß eine „Weltwende“ nicht durch den parlamentarischen Kampf herbeigeführt wird.“ Weiter bestrahlt das gleiche Blatt, daß wir „einer Zeit gewaltiger Konflikte, innerer wie äußerer, entgegengehen.“ Der Proletariat, das Organ des sozialdemokratischen Arbeitervereinsverbandes, geht noch bedeutend weiter, indem er unter der Überschrift „Eine neue Epoche“ u. a. schreibt:

„Was darf die klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands von der gewaltig gestärkten sozialdemokratischen Fraktion erwarten? Die „Metallarbeiter-Zeitung“ verspricht sich von dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratie „eine neue Epoche der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reichs“. Das kann und soll nicht so verstanden werden, als ob nunmehr mit einem Ruck an die Verwirklichung der großen Ziele des Sozialismus, an die allgemeine Vergesellschaftung der Produktionsmittel herangetreten werden solle. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ betont selbst, daß die Sozialdemokratie allein, trotz ihrer gewaltigen Zunahme an Wählerstimmen wie an Mandaten, zur Durchsetzung einer auch nur einigermaßen tiefgehenden Umwandlung unserer politischen Verhältnisse leider noch immer zu schwach ist. Und nun wäre sie selbst im Volk und im Parlament fast genug, durch Mehrheitsbeschluß grundlegende Veränderungen in der sozialen Verfassung des Gesellschaftstypus durchzuführen, so würde, von anderen Schwierigkeiten ganz abgesehen, die erste Frage die sein, ob Deutschland inmitten der kapitalistisch organisierten Staaten Europas auf eigene Faust einen entscheidenden Schritt in der Richtung zum Sozialismus tun kann. Die bisherige Auffassung der Klassenköpfe des wissenschaftlichen Sozialismus war die, daß jeder Versuch, ein bestimmtes territoriales Gebiet von der Außenwelt loszutrennen, zum Zweck der Veranlassung sozialistischer Experimente, ein utopisches Unterfangen sei. Bei den modernen Verkehrs- und weltwirtschaftlichen Beziehungen der Völker untereinander läßt sich das Deutsche Reich nicht als Island behandeln, in dem unbekannt um die wirtschaftlichen Zustände der Umwelt nach einem vorher genau fixierten Plan beliebige Umgestaltungen vorgenommen werden können. Die fortschreitende Entwicklung zum Ziele der Sozialisierung der Gesellschaft muß eine annähernd gleichmäßige in allen Kulturkreisen der Welt sein, wenn schwere Rückschläge vermieden werden sollen. Die Triebfedern der ununterbrochenen wirtschaftlichen Umgestaltungen sind ja auch in allen modern-kapitalistischen Staaten dieselben. . . . Die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetze bürgen also in unserer internationalen Zeitperiode immer mehr für ein annähernd gleichmäßiges Fortschreiten der sozialen Entwicklung in allen sogenannten zivilisierten Ländern der Welt. Die erste und Hauptaufgabe, die den zu Machtfaktoren heranwachsenden sozialistischen Parteien der Großstaaten zufällt, besteht darin, die großen Unterschiede im politischen Aufbau der einzelnen Staaten auszugleichen. . . . Die deutsche Arbeiterschaft muß nach dem ruhmvollen Abschluß des Kampfes, in dem sie ihre ganze Kraft aufgeboren hat, Wert darauf legen, daß später, wenn sie die auf den neuen Reichstag gesetzten Erwartungen nicht in Erfüllung gehen die Augen springt; nicht bei der Sozialdemokratie liegt die Schuld!“

Jetzt wissen die „Genossen“, woran sie sind. Mit diesen Darlegungen wird der Glaube an die Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus vollständig in Frage gestellt. Daß dies direkt nach einem großen sozialistischen Wahlerfolge ausgesprochen wird, nachdem man vorher einige Wochen lang im Wahlkampf in den Köpfen der Massen noch die utopischen Hoffnungen erweckt hat, ist das Bezeichnende an der Sache. Daß die „ununterbrochenen wirtschaftlichen Umgestaltungen“ in allen modernen kapitalistischen Staaten dieselben sind und daß die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetze . . . immer mehr ein annähernd gleichmäßiges Fortschreiten der sozialen Entwicklung in allen sogenannten zivilisierten Ländern der Welt“ bewirken, steht mit den Tatsachen im

schroffen Widerspruch. Im Gegenteil: die Vorbedingungen für den Sozialismus sind in den einzelnen Staaten die denkbar verschiedensten, was schon in der völlig ungleichmäßigen Entwicklung und Verbreitung der Sozialdemokratie in der Erscheinung tritt. In der „Neuen Welt“ sagt Kautsky, daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl 35% aller über 25 Jahre alten Männer sozialistisch gewählt hätten, wählenden von den 3 1/2 Millionen junger Leute von 18-25 Jahren ausgenommen sei, daß sie zur Hälfte auf sozialistischer Seite stünde. Wie steht es dagegen in den anderen Ländern aus? In dem kulturell und wirtschaftlich hochentwickeltesten England und den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet die Sozialdemokratie fast nichts, in Russland und dem aufstrebenden Japan fast noch weniger wie nichts. Den sozialistischen Gedanken in den verschiedensten Staaten zu gleicher Zeit auf eine gleich hohe Stufe zu erheben, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Und bis schließlich in England, in den Vereinigten Staaten von Nord-America, in Japan der Sozialismus die Stufe erreicht, auf der er bereits in Deutschland angelangt ist, hat in Deutschland ohne Zweifel die Sozialdemokratie längst wieder abgewirtschaftet. Die mit der sozialistischen Ideenwelt aufgeweckten Massen lassen sich in einem Lande nicht jahrelang von der Verwirklichung der sozialistischen Ziele abhalten mit dem bloßen Vorwand, daß in anderen Ländern die Vorbedingungen für den Sozialismus noch nicht gegeben seien. Der Marxisme Sozialismus, auf den die deutsche Sozialdemokratie schwört, aber läßt sich, wie „Der Proletariat“ ganz mit Recht sagt, ebensowenig „inmitten der kapitalistisch organisierten Staaten Europas“ für „ein bestimmtes territoriales Gebiet“ durchführen.

Für die deutsche Sozialdemokratie bedeutet das Ergebnis des Wahlkampfes ohne Zweifel ganz gewaltige innere Kämpfe. Sie muß jetzt in absehbarer Zeit, nachdem sie 50 Jahre lang mit Schlagworten und Utopieereien den Massen die Röhre verstopft hat, diesen zeigen, was sie kann; sie muß jetzt herhalten das Gleichgewicht zwischen den Erwartungen der mit der häufigsten Sprache aufgepeitschten Masse, der jedeswegs Urteil über politische Möglichkeiten abgibt, und den sozialistischen parlamentarischen Taten. In vielen Situationen wird der Sozialdemokratie gar nichts anderes übrig bleiben, als das zu tun, was sie früher an bürgerlichen Parteien verurteilte. Wer die Wahl gestellt zwischen einer sprunghaften oder einer stetigen langamen Entwicklung der Sozialdemokratie ist für deren Gegner, insbesondere auch für die christliche Arbeiterbewegung, die sprunghafte Entwicklung der wünschenswertere Zustand.

Die christliche Arbeiterbewegung kann also mit Mühe den kommenden Dingen entgegensehen. Sie war weiter bei dem Wahlkampf der alleinige Faktor, der der sozialdemokratischen Ursache Stand zu halten vermochte. Der industrielle Westen, das Hauptverbreitungsgebiet der christlichen Gewerkschaften, hat in der Hauptwahl nur einen Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt; die alte sozialistische Hochburg Solingen. Und in diesen Wahlkreisen hätte die Sozialdemokratie in der Stichwahl verdrängt werden können, wenn sich die bürgerlichen Parteien nicht so schrecklich unteins gewesen wären. In den Bezirken mit besonders stark entwickelter christlich-nationaler Arbeiterbewegung wurden der Sozialdemokratie zwei ihrer bedeutungsvollsten Mandate: Duisburg und Bochum abgenommen. Der industriellste Bezirk Europas von Duisburg bis Hamm schied drei christliche Gewerkschaftler: Giesberts, Hedmann und Schiffer, und lediglich einen Sozialdemokraten in den Reichstag. Die drei Kollegen wurden gewählt mit je 4000, 8000 und 7000 Stimmen. Die „Rheinische Volkszeitung“ schreibt daher mit Recht:

„Der wichtigste Teil der Schwerindustrie, drei Wahlkreise mit etwa 400000 Wählern, hat sich entschieden gegen die sogenannte Arbeiterpartei ausgesprochen. Um das beurteilen zu können, muß man den Jubel gehört haben, mit dem das Resultat, daß Que in Bochum gefallen sei, . . . aufgenommen wurde. Das war . . . überzeugte Gegnerkraft gegen den Sozialismus. Der Gedanke der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hat geistig dort, wo Arbeitermassen so dicht wie nirgendwo in Deutschland zusammenleben, so hat geistig über die Idee Verbilligung und Beschaffung der „steilen“ Gewerkschaften. . . . Man vergesse nicht, daß das Ergebnis in Köln und auch in Düsseldorf. Da sind es doch wahrhaftig nicht wenige, die den Sieg des Sozialdemokraten herbeigeführt haben. Bürgerliche und Beamtenkreise haben das in politischer Verbindung getan. Das „bürgerliche“ Köln wählt den Kandidaten der „Arbeiter“-Partei, die Arbeiterbezirke in derselben Provinz wählen die „bürgerlichen“ Abgeordneten.“

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist jetzt in ein Stadium gelangt, in welchem die führenden Volkstriebe in den verschiedensten Lagern an einer Stellungnahme zu ihr nicht mehr vorbeikommen. Dieser Tatsache hat zu ihr nicht der Herr Reichstagskanzler Ausdruck gegeben, auch bereits die Telegramme einer Siegesversammlung von als er das Bochum am 26. Januar wie folgt beantwortete:

Rektor Legeder, Herrn.
Verbündlichen Dank für Übermittlung des Wahlergebnisses. Dieser Sieg bedeutet einen schönen Erfolg der patriotischen Haltung der christlich-nationalen Arbeiterpartei und der hingebenden Mitwirkung ihrer Führer.

Reichstagskanzler v. Bethmann-Hollweg.
In den bürgerlichen Parteilagern wird sich alsbald die notwendige Ernüchterung einstellen, sie wird sich einstellen müssen. Und dann ist die Zeit gekommen, daß für die christliche Gewerkschaftsbewegung auf der ganzen Linie mit einer wichtigen Auffassung und Propagandaarbeit eingesetzt wird. Was ist die Notwendigkeit einer starken christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung für Arbeiter, Volk und Vaterland? So deutlich ausgesprochen worden, als durch den Ausgang der letzten Reichstagswahl. Rügen wir daher die Zeit!